

Zürich soll zur Smart City werden

Der Stadtrat stellt ein Füllhorn neuer Förderinstrumente vor, um die digitale Transformation voranzutreiben

ANDRÉ MÜLLER

Die Digitalisierung war ein Dauerthema vor den letzten Stadtratswahlen; vor allem GLP und FDP forderten die Stadtregierung zu mehr Tatkraft auf. Es verwundert daher nicht, dass gleich vier Stadträte am Mittwochnachmittag die neue Zürcher Smart-City-Strategie präsentiert haben, welche der Gemeinderat 2016 mit einer GLP-Motion gefordert hatte. Stadtpräsidentin Corine Mauch (sp.) betonte, dass es um mehr als nur um Investitionen in neue Technologien gehe. Niemand solle abgehängt oder ausgeschlossen werden, auch wenn ihm das technische Wissen fehle. Die wichtigste Zielgruppe sei indes die Stadtverwaltung. In den Mitarbeitern schlummere ein riesiges Potenzial, das sich erschliessen lasse.

Im gut zwanzig Seiten umfassenden Papier ist zunächst viel von Leitlinien und Zielen die Rede, später wird es konkret: Die Stadt möchte Geld lockermachen, damit die Verwaltungsmitarbeiter selbst innovative und kundenfreundliche Ideen umsetzen können. Für 2019 beantragt die Regierung dafür einen Nachtragskredit von 1,4 Millionen Franken vom Gemeinderat. In den Folgejahren will sie bis zu 2,4 Millionen Franken einsetzen.

Wenig erwähnt wird im Strategiepapier, dass sich mit effizienteren Prozessen in der Verwaltung auch Geld sparen liesse. Finanzvorsteher Daniel Leupi (gp.) sagte darauf angesprochen, dass es sich dabei schon jetzt um eine Dauerauf-



Die Verwaltung soll beim technologischen Wandel mit innovativen Projekten überzeugen.

C. BEUTLER / KEYSTONE

Zürich soll nun zeigen, wie klug es ist

Kommentar auf Seite 11

gabe der Verwaltung handle. Er nannte als Beispiel das Steueramt, das auch dank der Digitalisierung das jüngste Bevölkerungswachstum ohne Stellenerhöhungen bewältigen könne. Auch eine Avenir-Suisse-Studie habe Zürich diesbezüglich gute Arbeit bescheinigt.

Ökologisch, ökonomisch, sozial

Der Stadtrat will mit der Smart City, mit der besseren Vernetzung von Daten, Menschen, Infrastrukturen, dreierlei erreichen: Erstens soll der Wirtschaftsstandort gestärkt werden, insbesondere die Rahmenbedingungen für Startups und Technologiefirmen. Zweitens soll die «smarte» Stadt noch bessere Lebensqualität für alle bieten; explizit auch für Personen ohne starke IT-Kenntnisse. Drittens will der Stadtrat die Ressourcen schonender und nachhaltiger einsetzen, die digitale Transformation also im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft anwenden. Thematisch will die Stadt den Fokus denn auch auf den öffentlichen Verkehr (Linien auf Abruf, Elektromobilität und später autonome Fahrzeuge), auf die Stadtverwaltung (digitalisierte Angebote für Externe, Open Government Data, 3-D-Stadtmodell) und auf Mitwirkungstools für Bürger und Quartiere legen.

Die Stadt will sich dafür stärker «kundenorientiert» aufstellen, also noch besser an den Bedürfnissen der Stadtbewohner ausrichten. Die Zusammenarbeit in der Verwaltung und über sie hinaus soll verbessert werden; zum Beispiel über neue Formen der Bürger- und Quartierbeteiligung. Die Bevölkerung soll weiter standardmässig einfachen Zugriff auf alle Behördendaten haben, sofern diese nicht geschützt werden müssen. Dieses Prinzip der Open Government Data ist nicht neu, Hunderte nützliche Datensätze der Stadtbehörden sind bereits heute online und offen verfügbar. Gleichzeitig sollen die Bürgerinnen und

Bürger wo immer möglich selbst einsehen und bestimmen können, welche Daten über sie angelegt werden.

Richtigerweise heisst es in der Strategie auch, dass Zürich nicht vorhersehen könne, welche neuen Chancen und Risiken der künftige technologische Wandel mit sich bringe. Als Smart City will sie möglichst agil darauf reagieren können. Mit diesen Leitlinien lehnt sich Zürich stark an die Tallinn-Deklaration an; darin haben die EU- und Efta-Staaten 2017 die Best Practice in Sachen E-Government definiert.

Innovation aus der Verwaltung

Um ihre weit gefassten Ziele zu erreichen, sieht der Stadtrat eine üppig beladene Kiste an neuen und bestehenden Instrumenten vor: Teams aus der Stadtverwaltung können sich neu mit ihren Projekten um sogenannte Innovationskredite von bis zu 150 000 Franken bewerben. Diese müssen den Zielen und Leitlinien der Smart City entsprechen. Bevorzugt werden hier departementsübergreifende Projekte mit Pilotcharakter. Für einzelne Mitarbeiter wird zudem ein standardisiertes Intrapreneurship-Programm («Innovationsboxen») aufgebaut. Sie können quasi als Startup-Un-

ternehmer innerhalb der Verwaltung innovative Ideen zu konkreten Produkten ausarbeiten. Dafür erhalten sie ein wenig Geld (1000 Franken), Coaching und einen Arbeitstag pro Woche Zeit. Überzeugt der Prototyp, den sie in zwei Monaten auf die Beine stellen, können sie ihn mit der jeweiligen Dienstabteilung umsetzen und unter die Bevölkerung bringen.

Zürich wird zudem zwei Innovation Fellowships pro Jahr gewähren. Das heisst: Expertinnen und Experten, beispielsweise für Informatik, werden zu Verwaltungsmitarbeitern auf Zeit. Sie arbeiten während sechs bis zwölf Monaten in einem städtischen Departement mit, um frische Ideen von aussen in die Ämter zu tragen. All diese Instrumente sollen 2019 gestaffelt lanciert werden.

Die Stadt installiert ferner ein Smart City Lab: Diese Gruppe besteht aus Spezialisten, die aus ihren Departementen für eine gewisse Zeit entsandt werden sollen. Die Gruppe soll «in einem innovationsfreundlichen Umfeld» ausserhalb der klassischen Verwaltungsstrukturen Smart-City-Projekte umsetzen und dabei moderne Managementmethoden nutzen: kurze Design-Sprints, rasche Entscheidungs- und Feedbackzyklen, offene Strukturen. Die Kosten für das Smart City

Lab – es startet mit fünf Vollzeitstellen – sollen durch die teilnehmenden Departemente getragen werden.

Sich smart verkaufen

Mit Startups und Privaten will die Stadt aber auch weiterhin über das Startup-Förderprogramm Kickstart Accelerator und sogenannte Hackathons zusammenarbeiten. Zu guter Letzt will die Stadt nicht nur Innovatives tun, sondern auch darüber sprechen; die Smart City Zürich wird eine eigene Website erhalten, über ein zentrales Portal soll die Bevölkerung zudem unkompliziert erfahren können, wie und wo sie in städtischen Projekten mitwirken kann.

Koordinieren wird diese Initiativen ein neu aufzubauendes Smart-City-Team aus vier Personen. Eine Steuergruppe unter der Leitung von Anna Schindler, der Direktorin Stadtentwicklung, wird das Team begleiten und kontrollieren sowie der erweiterten Wirtschaftsdelegation des Stadtrats berichten. In dieser Delegation sitzen fünf der neun Zürcher Stadträte: die Stadtpräsidentin Corine Mauch, Daniel Leupi (Finanzen), Michael Baumer (Industrielle Betriebe), Raphael Golta (Soziales) und Andreas Hauri (Gesundheit und Umwelt).

Dünn und oberflächlich oder umfassend und ambitioniert?

flu./amü. · Das Strategiepapier kommt bei der Initiantin grundsätzlich gut an. Es entspreche in den grossen Zügen ihren Vorstellungen, sagt die Grünliberale Isabel Garcia, die als Gemeinderätin zusammen mit zwei Parteikollegen den Anstoss zur Digitalisierungsstrategie gegeben hatte. Sehr erfreulich sei die Aufnahme des Smart City Lab. Dieses Gefäss erlaube, dass neue Ideen schnell einem Praxistest unterzogen würden. «Damit wird verhindert, dass für unausgegorene Vorhaben unnötig Steuergeld ausgegeben wird.»

Für Garcia erhält der Datenschutz jedoch zu wenig Gewicht. Hierzu seien klare Bestimmungen notwendig, die Digitalisierung dürfe nicht auf Kosten der persönlichen Freiheit gehen. Auch die Bereiche Wirtschaft und Bildung findet sie «oberflächlich» abgehandelt. Es

brauche Ideen, wie Unternehmen ihren Austausch mit der Stadt schneller und effizienter erledigen könnten und wie Schülern das Programmieren nähergebracht werden könne.

Skeptischer äussern sich die Bürgerlichen. Es sei grundsätzlich gut, dass der Stadtrat sich des Themas annehme, sagt FDP-Präsident Severin Pflüger. Das Papier sei aber immer noch sehr schwammig formuliert. «Meine Sorge ist, dass zu viel Zeit für Koordinationsitzungen verwendet wird – und zu wenig digitalisiert wird», sagt Pflüger. Der Wandel müsse in den Ämtern stattfinden, wo die Mitarbeiter die Prozesse kennen.

Auch SVP-Gemeinderat Stefan Urech ist noch nicht zufrieden. Er vermisst zwei Aspekte, wie er sagt: Zum einen müsse die politische Führung die Zusammenarbeit über die Departe-

mente hinweg vorantreiben. In Sachen Digitalisierung sei die Strategie zudem noch sehr vage und wenig konkret, mögliche Effizienzgewinne würden zu wenig thematisiert. «Doch wo Prozesse vereinfacht werden können, fallen eben auch Stellen weg. Daran hat der Stadtrat aber kein Interesse.»

Rundum zufrieden gibt sich die SP. Der Stadtrat zeige auf, wie die Chancen der Digitalisierung genutzt werden sollen, ohne dass sie zu neuen sozialen Gräben beitragen, schreibt sie in einer Mitteilung. Gemeinderat Jean-Daniel Strub hofft, dass die angestrebten Ziele jetzt ambitioniert verfolgt werden. Zudem sei es wichtig, dass wie beabsichtigt der Schnittstelle zur Privatwirtschaft und zur lebendigen Entwicklerszene das nötige Gewicht eingeräumt werde. «Smart City darf nicht im Elfenbeinturm stattfinden.»